

Für humanitäre Flüchtlingspolitik

Nach Dringlichkeitsantrag: Resolution gegen den Tod auf dem Mittelmeer

EINBECK. Im Rahmen eines Dringlichkeitsantrags der Fraktionen von SPD und Grünen hat sich der Rat bei seiner jüngsten Sitzung mit einer Resolution zur Hilfe für Bootsflüchtlinge beschäftigt. Mit breiter Mehrheit hat sich die Politik sowohl dafür ausgesprochen, dass es sich um ein dringliches Problem handelt als auch dafür, Schutzsuchende in Seenot humanitär und menschenwürdig zu behandeln.

Die Dringlichkeit des Antrags, der nicht innerhalb der übliche Zwei-Wochen-Frist eingebracht wurde, begründete der SPD-Fraktionsvorsitzende Rolf Hojnatzki: Die humanitäre Flüchtlingskatastrophe im Mittelmeer habe in den letzten Wochen und Tagen sichtlich an Brisanz gewonnen. Wenn Flüchtlinge aus Verzweiflung von Bord springen würden, um ans rettende Ufer zu gelangen, aber Länder und Behörden erst im äußersten Fall handelten, dann sei Eile geboten, diese Krise durch Handeln im Städteverbund zu beenden. Dieses gemeinsame Handeln könne nach der Überzeugung von SPD und Grünen als Antragsteller nur Wirkung entfalten, wenn möglichst viele Kommunen im engen zeitlichen Zusammenhang mit ihrer Haltung sichtbar würden. Die Beratung im Rat sollte ein Signal für Humanität und Menschenrechte setzen.

Der Dringlichkeit stimmte der Rat mit deutlicher Mehrheit zu; die beiden AfD-Ratsmitglieder sahen sie dagegen nicht gegeben.

Mehr als 2.275 Menschen seien im vergangenen Jahr im Mittelmeer ertrunken, sagte Marcus Seidel, SPD, in der Begründung des Antrags. 500 seien soeben auf Lesbos angekommen, das Schiff »Eleonore« suche einen Hafen. Weltweit seien nach Angaben der UN-Flüchtlingskommission 71,4 Millionen Menschen auf der Flucht - so viel wie nie zu vor. Sie würden für sich keine andere Wahl sehen. Die Menschen brauchten Hilfe, einen sicheren Hafen. Solange kein Ende der humanitären Katastrophe in Sicht sei, müssten die Städte handeln. E sei gut, dass es in den vergangene Monaten mindestens in Akutfällen Lösungen gegeben habe, um Schiffe anlanden zu lassen und die ankommenden Flüchtlinge in EU-Staaten zu verteilen. Man müsse allerdings zu einem geregelten System der Verteilung kommen. Ein gutes Beispiel seien die »sicheren Häfen«; rund 60 seien es in Deutschland bereits. Damit könne man auch dem historischen Beispiel der Hanse folgen, die es sich zur Pflicht gemacht hatte, Schiffbrüchige aufzunehmen. Das Sterben und Sterbenlassen im Mittelmeer müsse aufhören, forderte er, Einbeck sollte man zu einem »sicheren Hafen« machen,

als im Vergleich zum Gesamtproblemen kleiner, aber gleichwohl wichtiger Beitrag.

Rot-Grün versuche damit, illegale Schlepper zu legalisieren und den Rat zu täuschen, so Udo Harenkamp, AfD. Der Beschlussvorschlag strotze vor Fehlern. Asyl und Seenot würden vertauscht. In Europa gebe es keine Einigung zum Umgang mit den Flüchtlingsströmen. »Fordern Sie Ankerzentren«, riet er den Antragstellern. Wenn man alle Flüchtlinge unter das Dach des deutschen Asylrechts stellen wolle, hebele man die Verfassung aus. Es komme vielmehr auf den Weg der Hilfe »dort unten« an - man dürfe den Menschen keinen Anreiz geben, zu fliehen und im Mittelmeer zu ertrinken.

Der Stadtrat sei sicher nicht die Stelle, um nationale Themen zu diskutieren, erläuterte Dr. Reinhard Binder, FDP, er stimme aber zu, den Flüchtlingen zu helfen: Das sei ein Gebot der Menschlichkeit und des liberalen Menschenbildes. Ein Asylverfahren müsse nach Rechtslage ablaufen.

Mit großer Mehrheit hat der Rat eine Resolution verabschiedet. Er setzt sich darin für eine Flüchtlingspolitik ein, die von Humanität, Menschenwürde und dem Recht auf körperliche Unversehrtheit gekennzeichnet ist. Weiter heißt es,

es sei verantwortungslos und inakzeptabel, dem Tod zahlloser Menschen auf dem Mittelmeer zuzuschauen und so faktisch Abschreckung als ein zulässiges Mittel von Politik zuzulassen. Es sei daher geboten, eine Aufnahme von aus Seenot geretteten Menschen in den Staaten der Europäischen Union zu ermöglichen, damit ihr Antrag auf Asyl in einem rechtsstaatlichen Verfahren geprüft und darüber entschieden werden könne. Dafür sei ein Verteilmechanismus notwendig, der von vielen europäischen Ländern akzeptiert und angewandt werde. Die Anstrengungen der Bundesregierung auf diesem Weg werden ausdrücklich begrüßt. Die Stadt Einbeck, wird betont, habe sich bislang bereits davon leiten lassen, Flüchtlinge angemessen und menschenwürdig aufzunehmen, ihnen Unterkunft zu gewähren und sie zu betreuen - in gutem Zusammenwirken mit dem vorhandenen Netzwerk von haupt- und ehrenamtlichen Aktiven und Institutionen. Die Stadt sei auch weiter bereit, in dieser Weise ihren Teil zu einer verantwortungsvollen Flüchtlingspolitik zu leisten und Seenot- und andere Flüchtlinge, die ihr vom Land Niedersachsen innerhalb festgesetzter Kontingente zugewiesen werden, unterzubringen und ihnen Betreuung und Beratung zukommen zu lassen. ek